

Stadt Hamm

**„Die städtischen Finanzen zwischen
Wilhelm Busch
und Johann Wolfgang von Goethe“**

Rede zur Einbringung des Haushaltes 2019 / 2020

Hamm, den 30. Oktober 2018

(Sperrfrist: 30.10.2018, 16.00 Uhr)

Stadtkämmerer

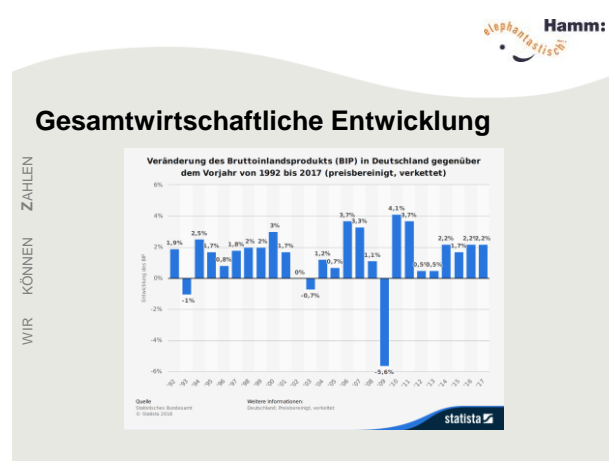
Markus Kreuz LL.M.(com.)

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates,
sehr geehrte Vertreter der lokalen Medien,
meine Damen und Herren,

wirtschaftliches Wachstum, hohe Beschäftigung, niedrige Zinsen: **Deutschland geht es so gut wie lange nicht.** Die Wirtschafts- und Finanzkrise liegt mehr als 10 Jahre zurück und anders als der Euro-Raum insgesamt hat Deutschland schnell seinen Kurs der wirtschaftlichen Prosperität wiedergefunden.

I. Ökonomische und fiskalische Ausgangslage

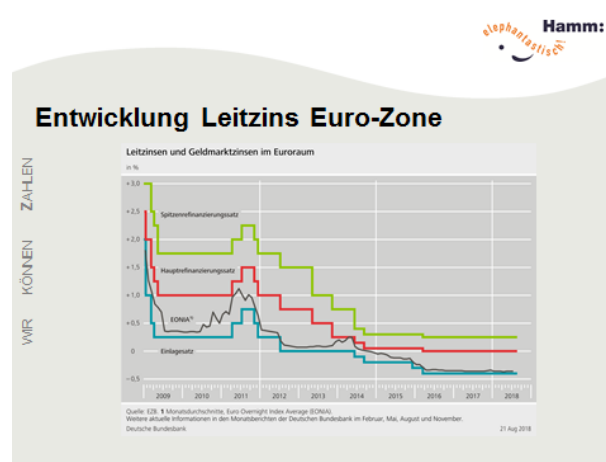


Nach der Rezession des Jahres 2009, in dem die Wirtschaftsleistung um 5,6% einbrach, war bereits in den Folgejahren der Wachstumspfad wieder erreicht. Insgesamt hat Deutschland seit Beginn der 1990er Jahre eine wahre Erfolgsgeschichte geschrieben: **Von 25 Jahren waren es 21 Jahre, in denen der Wohlstand in unserem Land zugenommen hat.**

Trotz dieser ausgesprochen guten wirtschaftlichen Lage in unserem Land entwickelte sich – neben den Auswirkungen auf die Realwirtschaft und den Arbeitsmarkt als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise – für die hochverschuldeten Länder in der Euro-Zone eine veritable Staatsschuldenkrise, die darüber hinaus zu einer existenziellen Bedrohung für den Euro als Währung zu werden schien.

Der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB) Mario Draghi hatte daher bereits sehr früh, nämlich im Sommer 2012, erklärt, dass er und die EZB als Institution alles tun werden,

um die Euro-Zone zu stabilisieren. „**What ever it takes**“¹ war damals seine Antwort auf die Frage, was er gedenkt zu tun, um den Euro zu retten.



Das Zinsniveau des Hauptrefinanzierungssatzes – sprich der **Leitzins** – in der **Euro-Zone** entwickelte sich aufgrund der bewussten Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank schnell und deutlich nach unten und erreichte **bereits 2016 sein heutiges Niveau von 0%**. Parallel wurde der Einlagenzinssatz sogar in den negativen Bereich gesenkt. Beides diente dazu, den Banken Anreize zu schaffen. Auf der einen Seite, um ihre Bilanzen zu stabilisieren und auf der anderen Seite, um die Realwirtschaft (also Unternehmen, Privat- und Staatshaushalte) weiterhin mit ausreichend Liquidität versorgen zu können, um so wiederum das wirtschaftliche Wachstum zu stützen.

Darüber hinaus wurde durch die EZB das **QE-Programm**² zur weiteren Lockerung der Geldpolitik – im Wesentlichen über den Kauf von Staatsanleihen – beschlossen und ausgeführt. Der Abschluss dieses Programms steht für Ende 2018 an, nachdem es bereits seit diesem Monat reduziert wurde. Die EZB wird dann insgesamt Staatsanleihen in der Größenordnung von mehr als 2,5 Billionen Euro gekauft haben, um insbesondere die ökonomisch schwachen Länder im Mittelmeerraum zu unterstützen. Ab dem kommenden Jahr werden dann nur noch auslaufende Papiere aus dem vorhandenen Bestand der EZB ersetzt.

Dieses Ende des Kaufprogrammes für Staatsanleihen führt bereits zu **steigenden Zinsen** und wird es auch in den kommenden Monaten weiter tun. Zunächst werden es die finanzschwachen Staaten in Europa spüren. Erste Marktreaktionen haben sich bereits in den vergangenen Monaten gezeigt, die wiederum in Abhängigkeit zur Verschuldungssituation der

¹ Nicht zu verwechseln mit dem gleichnamigen Song der „Imagine Dragons“ aus 2017.

² Quantitative-Easing-Programm

Länder der Euro-Zone bereits zu Veränderungen bei den Zinskurven und –niveaus geführt haben. So müssen bereits heute Länder wie Griechenland, Italien, Spanien oder Portugal deutlich höhere Zinsen bezahlen als Deutschland, die Niederlande oder der skandinavische Raum.

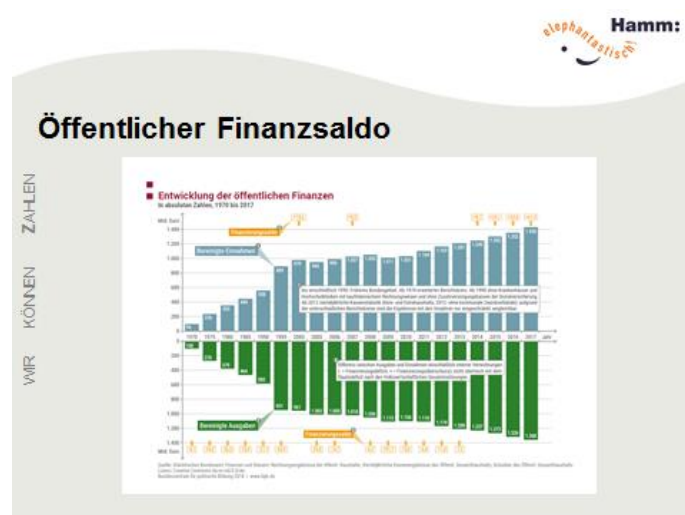
Spätestens mit der **für Mitte 2019 angekündigten Erhöhung des Leitzinses** der EZB dürfte eine **erste moderate Zinserhöhung** dann auch bei privaten und öffentlichen Haushalten in Deutschland ankommen.

Meine Damen und Herren,

ein hohes und kontinuierliches Wirtschaftswachstum, getrieben durch **niedrige Zinsen** und einen **hohen Handelsbilanzüberschuss**, führt natürlich auch zu **steigenden Steuereinnahmen** für die öffentlichen Haushalte in unserem Land.

Mehr als **700 Milliarden Euro** wird der deutsche Gesamtstaat in diesem Jahr voraussichtlich einnehmen. Soviel wie niemals zuvor in seiner Geschichte. Auch die Kommunen können ihre Einnahmen auf fast 110 Milliarden Euro erhöhen – damit allerdings nicht so deutlich steigend wie der Bund und die Länder.

Dies führt unweigerlich zu den derzeitigen hohen staatlichen Überschüssen:



Allein in den Jahren 2014 – 2017 erwirtschafteten die öffentlichen Haushalte in unserem Land insgesamt ein **Plus von rund 125 Milliarden Euro**. In 2018 dürfte noch einiges dazu kommen.

Um es mit Wilhelm Busch zu sagen:

„Er fühlte sich wie neu gestärkt,
als er so viel Geld bemerkt.“³

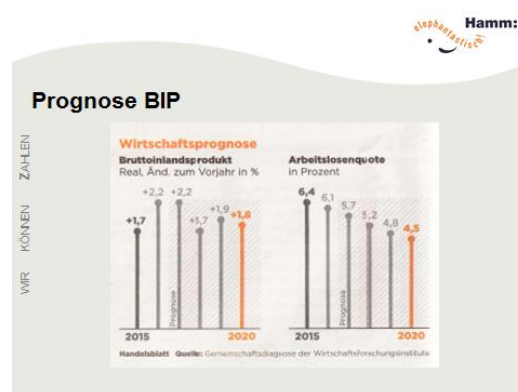
Doch bereits Johann Wolfgang von Goethes Götz von Berlichingen wusste:

„Wo viel Licht ist, ist starker Schatten.“

Meine Damen und Herren,

die wirtschaftlich gute Entwicklung steht auf einer unsicheren ökonomischen Basis. Massiv haben die europäischen Volkswirtschaften – und damit auch die deutsche – von der beschriebenen Niedrigzinspolitik in den vergangenen Jahren profitiert.

Die **Konjunktur-Prognose für den Euro-Raum ist zwar weiterhin positiv**, verliert aber ihre bisherige Dynamik. Gleiches gilt für Deutschland als Europas größte Volkswirtschaft.



Nach einem prognostizierten **Wachstum** in 2017 von 2,2% wird in diesem Jahr nur noch ein Wert von 1,7% erwartet. Für 2019 und 2020 sinken die Prognosen auf 1,9% und 1,8%.⁴ Die gesamtstaatlichen Einnahmen werden in den kommenden Jahren nicht mehr so stark steigen wie bisher angenommen. Betroffen ist davon vor allem die kommunale Ebene, wie die Steuerschätzung aus der vergangenen Woche ergeben hat: Bund und Länder nehmen bis 2022 weiterhin mehr Steuern ein. Für die Städte sinken die Steuer-Einnahmen gegenüber den bisherigen Prognosen bereits ab dem kommenden Jahr.

³ Wilhelm Busch, (1832 - 1908), deutscher Zeichner, Maler und Schriftsteller; Quelle: Busch, Bildergeschichten. Plisch und Plum, 1882

⁴ Quelle Handelsblatt, 27.09.2018, Herbstprognose der Wirtschaftsforschungsinstitute für das Bundeswirtschaftsministerium

Der Deutsche Städtetag schreibt hierzu begleitend mit Datum vom 25.10.2018: „Die genannten Prognoserisiken sind also weiterhin nicht innerhalb der Prognose berücksichtigt. Sie müssen stattdessen bei der Umsetzung der Prognose in die Haushaltsplanung mitbedacht werden.“ Das heißt, es drohen weitere Ausfälle noch über diese Prognose hinaus.

Wesentliche Risiken sind hierbei die Entwicklungen innerhalb wie außerhalb der Euro-Zone. **Griechenland** wurde im Spätsommer zwar offiziell aus den **Hilfsprogrammen** entlassen, dauerhaft stabilisiert hat es sich aber noch nicht. In **Italien** hat sich im Frühsommer eine neue Regierung gebildet, bei der sich in den vergangenen Wochen gezeigt hat, dass sie nicht bereit ist die bisherigen finanziellen Vereinbarungen mit der EU einzuhalten. Das ohnehin schon hohe italienische Staatsdefizit (rund 131% des BIP in 2018⁵) droht, weiter zu steigen. Die italienische Kreditwürdigkeit wurde Mitte Oktober bis auf eine Stufe vor „Ramschniveau“ herabgesetzt und steigende Zinsen sind die Folge. Die **Unsicherheiten bleiben** und haben unmittelbare Auswirkungen auf ganz Europa.

Innerhalb der Europäischen Union wird die wirtschaftliche Entwicklung außerdem durch den drohenden Brexit – geordnet oder ungeordnet – gebremst.

Neben den inner-europäischen Problemen lasten auf dem derzeitigen Wirtschaftswachstum die verschiedenen **Handelskonflikte**, welche durch die USA angeführt werden. Durch die protektionistische Politik der amerikanischen Regierung wird der internationale Handel erschwert – eine große Last für eine **Exportnation wie Deutschland**. Wir in Hamm haben das bereits in vergangenen Jahren erlebt, z. B. beim Rückgang der Gewerbesteuer aufgrund der Russland-Sanktionen.

Aber auch das steigende Zinsniveau der Federal Reserve Bank (FED) macht sich bemerkbar und lastet auf der wirtschaftlichen Entwicklung. Seit Ende September dieses Jahres liegt der Leitzins bei 2,25% - vier weitere Erhöhungen in diesem und dem kommenden Jahr sind bereits angekündigt. Ein starker Dollar hilft Deutschland und Europa tendenziell beim Export, erschwert und verteuert aber den Import von Vorprodukten, da der weltweite Wirtschaftsverkehr auf Dollar-Basis erfolgt.

Darüber hinaus drohen Risiken aus Mittel- und Südamerika, insbesondere vor dem Hintergrund der Überschuldung Argentinien und der wirtschaftlichen und politischen

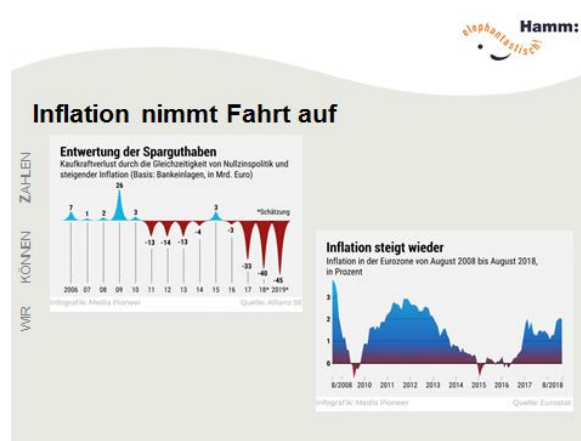
⁵ Quelle: Corriere della Sera, 04.10.2018, S. 2

Instabilität Venezuelas. Gleiches gilt für die wirtschaftlich angeschlagene Türkei direkt vor den Toren Europas.

Nach Auffassung der Wirtschaftsforschungsinstitute ist dagegen das größte innerdeutsche Risiko für eine weiterhin gute wirtschaftliche Entwicklung der zunehmende Fachkräftemangel, der zu Recht auch hier kommunalpolitisch schon oftmals diskutiert wurde.

Meine Damen und Herren,
manche Themen aus der Welt oder Europa scheinen zwar weit weg, aber alles hängt mit allem zusammen. Das niedrige Zinsniveau alleine macht öffentliche Haushalte nicht glücklich – weder im großen Europa noch im kleinen Hamm.

Vielmehr ist das Gegenteil der Fall. Wir spüren die Kehrseiten dieser Entwicklung mittlerweile sehr deutlich.



Auf der einen Seite die **niedrigen Zinsen**, die privater und öffentlicher Hand bei der **Entschuldung** und bei **günstigen Investitionen** helfen, und auf der anderen Seite eine zunächst langsame, aber nun deutlich an Fahrt aufnehmende **inflationäre Entwicklung**.

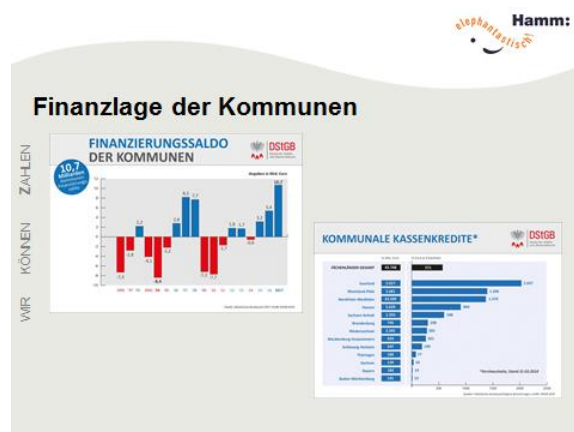
Insgesamt beläuft sich der **Kaufkraftverlust** aufgrund der Gleichzeitigkeit von Nullzinspolitik und steigender Inflation in diesem Jahr auf voraussichtlich 40 Milliarden Euro. Ein Anstieg gegenüber dem vergangenen Jahr und ein weiterer Anstieg droht im kommenden Jahr.

Allein im September d. J. betrug die **Inflation** in Deutschland 2,3%, was den stärksten Anstieg seit 7 Jahren bedeutet⁶. Das Stabilitätsziel der EZB ist eine Inflation von unter 2%.

⁶ Quelle: Statistisches Bundesamt

II. Lage der Finanzen der Städte und Gemeinden

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
meine Damen und Herren,
trotz aller Risiken spiegelt sich die derzeit insgesamt gute Finanzlage der öffentlichen Haushalte auch auf der kommunalen Ebene wider.



Die **kommunalen Haushalte erwirtschaften seit 2015 Überschüsse**. Im vergangenen Jahr lag der kommunale Finanzvorteil sogar bei mehr als 10 Milliarden Euro. Doch auch hier zeigen sich regionale Unterschiede, die insgesamt sogar eine Angleichung der wirtschaftlichen Lebensverhältnisse in unserem Land erschweren.

Nach wie vor haben die **kommunalen Kassenkredite** – gerade in NRW – ein hohes Niveau. In Summe machen sie mehr als 56% aller kommunalen Überziehungskredite in Deutschland aus.

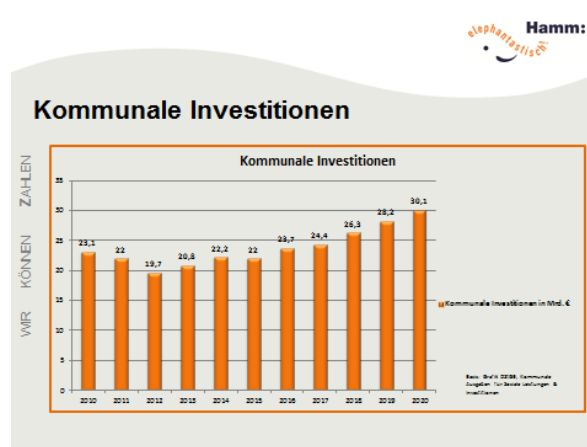
Insgesamt verbleibt damit bei den Städten und Gemeinden in NRW nach wie vor eine **hohe Zinsbelastung** und – vor dem Hintergrund des bereits Geschilderten – ein noch höheres **Zinsänderungsrisiko**. Eine **bessere Finanzausstattung** zur zeitnahen Rückführung der Kassenkredite oder die lange **versprochene Altschuldenregelung** wären heute angebrachte Schritte, falls das Zinsniveau in den kommenden Jahren wieder ansteigt und die wirtschaftliche Entwicklung sich abkühlt.

Ebenfalls überlagert wird durch die hohen Steuereinnahmen, dass der Gesamtstaat seine Ausgaben nicht reduziert, sondern weiter ausweitet.



Bei den **kommunalen Ausgaben für soziale Leistungen** wurde im vergangenen Jahr mit Mühe das Niveau des Vorjahres gehalten. Trotz der guten konjunkturellen Lage mit einer hohen Beschäftigung gelingt es nicht, die Soziallasten nennenswert unter die Marke von 59 Milliarden Euro des Vorjahreszeitraums zu senken. Hieraus resultieren weitere Risiken – neben dem Zinsrisiko – für die Kommunen: Schwächt die Konjunktur sich ab, steigen die sozialen Lasten bei gleichzeitig sinkenden Steuereinnahmen.

Zusätzlich ergeben sich neue und vor allem höhere laufende Lasten für die Städte, z. B. im Bereich der **Kindertagesbetreuung**. Diese wuchsen seit Beginn dieses Jahrtausends um 213% auf immerhin 28,5 Milliarden Euro. Große Teile dieser Aufwendungen schlagen bei den Städten und Gemeinden zu Buche, wie wir auch für den Hammer Haushalt feststellen müssen.



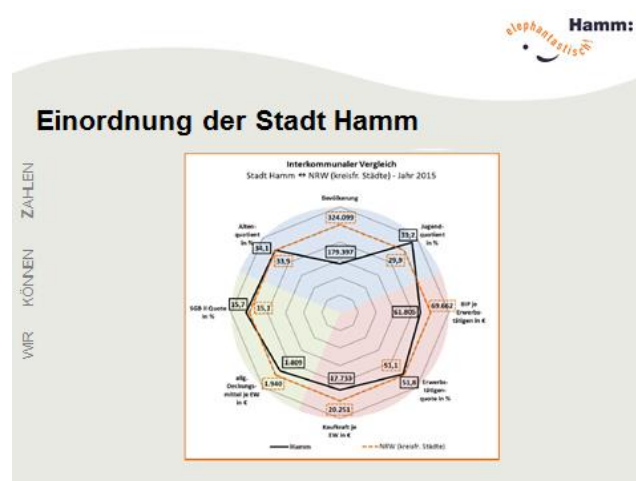
Insgesamt positiver ist dagegen die Entwicklung bei den **kommunalen Investitionen**. Durch die bessere finanzielle Lage der öffentlichen Hand konnten diverse Konjunkturprogramme in den vergangenen Jahren in Angriff genommen werden. Die Investitionen stiegen im Zeitraum

von 2017 bis 2018 von 24,4 auf 26,3 Mrd. Euro. Für die kommenden beiden Jahre sind sogar Werte von 28,2 und 30,1 Mrd. Euro geplant.

III. Die Entwicklung des Haushaltes der Stadt Hamm

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
meine Damen und Herren,

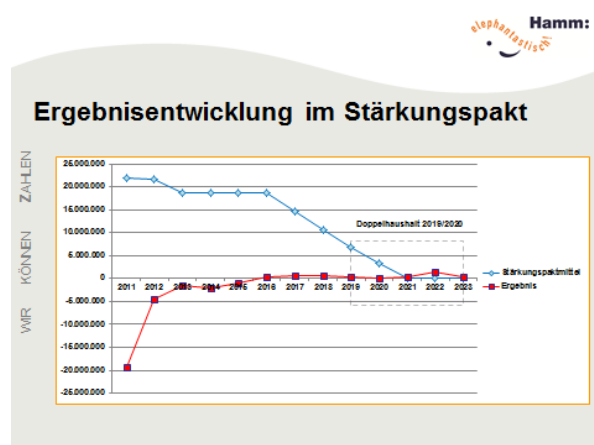
Hamm entwickelt sich mal etwas mehr und mal etwas weniger im Durchschnitt der kreisfreien Städte in NRW:



- wir sind etwas kleiner mit Blick auf die Einwohner
- wir sind deutlich jünger und gar nicht so viel älter
- wir haben eine vergleichbare Erwerbstätigenquote
- unsere SGB-II-Quote sticht nicht negativ heraus
- aber wir erwirtschaften weniger Wohlstand
- und dadurch liegt beispielweise unsere Kaufkraft niedriger

Auf diese Herausforderungen gilt es mit klugen Maßnahmen im neuen Haushalt einzugehen.

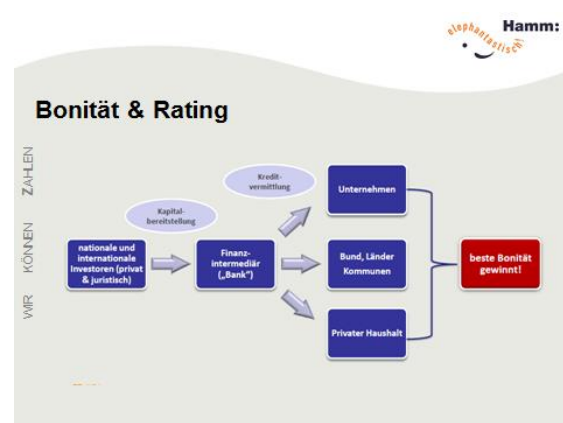
Der Ihnen heute vorliegende städtische Haushalt für die kommenden beiden Jahre hat ein **Volumen von mehr als 1,49 Mrd. Euro**. In **Aufwand und Ertrag jeweils rund 740 bzw. 750 Mio. €**.



Für den nun anstehenden Planungszeitraum gehen wir von **Jahresüberschüssen in 2019 i. H. v. ca. 0,5 Mio. Euro und in 2020 i. H. v. ca. 0,2 Mio. Euro** aus. Auch im mittelfristigen Planungshorizont bis 2023 und damit zwei Jahre über die Laufzeit des Stärkungspaktes hinaus sehen wir uns für die Erreichung ausgeglichener Haushalte gut aufgestellt. Und das, obwohl die Stärkungspakt-Mittel seit dem Jahr 2017 sukzessive durch das Land reduziert werden und in 2020 letztmalig gezahlt werden.

Die städtische **Bilanzsumme beläuft sich auf 1,49 Mrd. Euro⁷**. Das **Eigenkapital liegt bei 135,4 Mio. Euro⁸** und mit seinen **9 %** auf einem nach wie vor stabilen und guten Niveau. Zum Vergleich: Die Eigenkapital-Vorgabe der EZB für Kreditinstitute liegt beispielsweise nur zwischen 4,5% und 8%⁹. Werte, mit denen wir also gut mithalten können.

Eine Solidität, die wir übrigens auf dem Kapitalmarkt merken. Bei Umschuldungen oder Neuaufnahmen von Darlehen bekommen wir in der Regel **günstigere Konditionen** als vergleichbare Städte mit einer schlechteren Haushaltslage.



⁷ Stand: 31.12.2017

⁸ Stand: 31.12.2017

⁹ CET1 „Common Equity Tier 1“, sogenanntes „hartes Eigenkapital“

Im nationalen und internationalen Wettbewerb um das Geld von Anlegern müssen wir uns mittlerweile gegen große Unternehmen und Konzerne am **Kapitalmarkt** behaupten und eine dauerhaft **gute Bonität** gewährleisten. Aber wir profitieren auch davon: Im vergangenen Jahr haben wir erstmalig eine zinsgünstige Anleihe ausgegeben, nachdem ein großer deutscher Versicherer auf uns zugekommen ist.

Meine Damen und Herren,

nach den Regeln des Stärkungspaktes NRW mussten wir als Stadt, die pflichtig an der Stufe 1 teilnimmt, den **Haushaltsausgleich erstmalig in 2016 mit Landeshilfen** erreichen.

Seitdem, also **seit 2017 bis einschließlich 2020, mit degressiv abnehmenden Landeshilfen**. In 2021 müssen wir den Haushaltsausgleich erstmalig ohne Landeshilfen erreichen.



Unsere unterjährige Haushaltssteuerung geht davon aus, dass wir in diesem Jahr nach 2016 und 2017 bereits zum dritten Mal in Folge den Haushaltsausgleich in der Ergebnisrechnung erreichen. In der Finanzrechnung gelingt uns das bereits seit dem Jahr 2012.

Insgesamt haben sich die Vorgaben durch die Kommunalaufsicht in Arnsberg in den vergangenen Jahren nicht verändert:

- Alle unsere Maßnahmen des Haushaltssanierungsplanes sind **zwingend umzusetzen**
- Sofern dies bei Maßnahmen ganz oder teilweise faktisch unmöglich ist, müssen wir die Abweichungen an anderen Stellen **kompensieren**
- Sofern sich unterjährig Verbesserungen ergeben, sind diese zwingend zum **Defizit-Abbau** einzusetzen
- Die **Jahresabschlüsse** sind pünktlich und gesetzeskonform vorzulegen

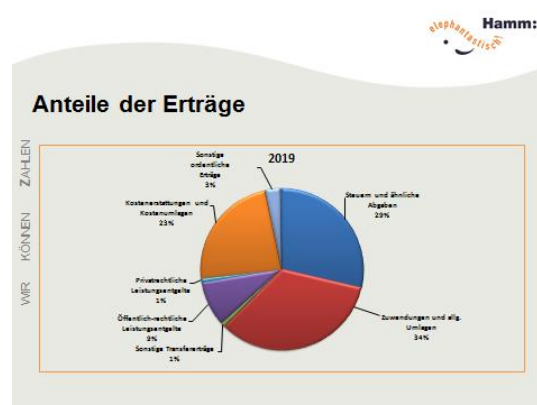
- **Haushaltsreste** dürfen nicht bzw. nur unter bestimmten Voraussetzungen gebildet werden (z. B. KP III & E, RUN, Gute Schule)
- Bei Nichteinhaltung dieser Vorgaben kann die Kommunalaufsicht die **Haushaltsgenehmigung versagen oder widerrufen**.

Dass es sich dabei um keine leeren Drohungen handelt, konnte am 04. und 05. Oktober d. J. dem Westfälischen Anzeiger entnommen werden: Marsberg, Welver und Werl haben ihre diesjährigen Finanzhilfen aus dem Stärkungspakt vorläufig nicht bekommen, da sie ihre Auflagen nicht erfüllt haben.

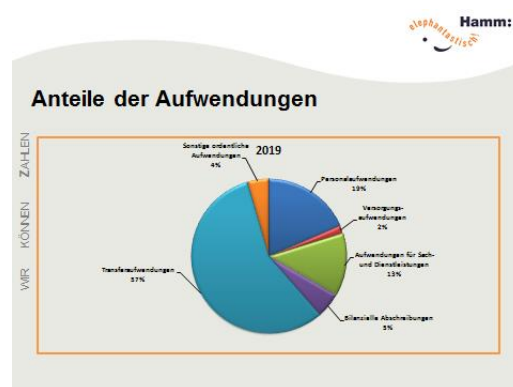
Erstmalig seit 2010 planen wir mit dem vorliegenden Doppelhaushalt auch wieder Haushaltsjahre, die nicht mehr in die aktuelle Laufzeit des Stärkungspaktes fallen. Für die Jahre 2022 und 2023 gelten dann wieder die Regeln der **Gemeindeordnung**. Aber: Das **Stärkungspaktgesetz an sich gilt fort** – nur die Hilfszahlungen laufen aus.

Wir haben als Stadt ein vitales Interesse daran, auch nach 2021 die Haushaltsausgleiche weiterhin zu erreichen. Zum einen vor dem Hintergrund der bereits beschriebenen notwendigen Bonität an den Kapitalmärkten. Zum anderen, um nicht Gefahr zu laufen, direkt nach dem Auslaufen des Stärkungspaktes wieder in die **Haushaltssicherung** nach der Gemeindeordnung zu fallen. Mit allen – uns sicherlich noch präsenten – Nachteilen bis hin zum **Nothaushaltsrecht nach § 82 GO**.

Sehr geehrte Damen und Herren,
die **größten Ertragspositionen** in den künftigen beiden Jahren finden sich bei den Mitteln aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG), dem Gemeindeanteil an der Umsatz- und der Einkommensteuer sowie bei der Gewerbe- und der Grundsteuer.



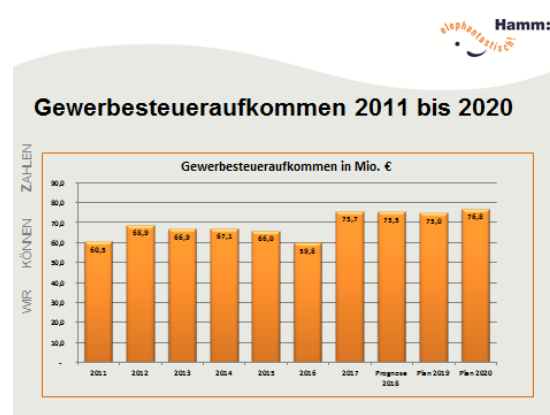
Insgesamt belaufen sich die Erträge aus den „Steuern und ähnlichen Abgaben“ auf **28,7 % in 2019 (29,1 % in 2020)** der Gesamterträge. Bei den Zuweisungen - wie z. B. dem Gemeindefinanzierungsgesetz - beträgt der Anteil **34,0 % in 2019 (33,3 % in 2020)**. Die 3.-größte Ertragsposition sind Kostenerstattungen und –umlagen mit **23% (24% in 2020)**.



Die **größten Aufwandspositionen** liegen dagegen in den Bereichen Transfer-, Personal sowie Sach- und Dienstleistungsaufwendungen.

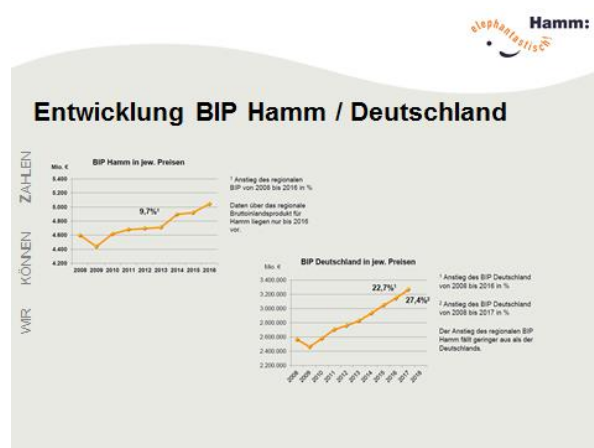
Hierbei macht allein der **Transferaufwand ein Volumen von 57 % in 2019 (58 % in 2020) der gesamten ordentlichen Aufwendungen** aus. Erst deutlich danach folgen die Personalaufwendungen mit einem Anteil von **19% (2019) bzw. 18 % (2020)** und die **Sach- und Dienstleistungen mit 13%**.

Im großen Block der „Steuern und ähnlichen Abgaben“ findet sich auch die **Gewerbesteuer**, die auf der Ertragsseite unseres Haushaltes in den vergangenen Jahren einige Kapriolen geschlagen hat.



Lagen die Gewerbesteuererträge für die Stadt Hamm im Jahr 2012 bereits bei fast 70 Mio. Euro, hat sich ihr Volumen auf knapp 60 Mio. Euro im Jahr 2016 reduziert. In 2017 konnten

wir dann einen satten Sprung auf 75,7 Mio. Euro nach oben verzeichnen, der neben strukturellen Verbesserungen auch Einmal-Effekte beinhaltet. Im laufenden Jahr entwickelt sich die Gewerbesteuer derzeit etwas schwächer und leicht unterhalb des Niveaus des letzten Jahres. Der wirtschaftliche Aufschwung spiegelt sich nach wie vor in Hamm bei der Gewerbesteuer nicht so deutlich wieder wie das in anderen Städten der Fall ist.

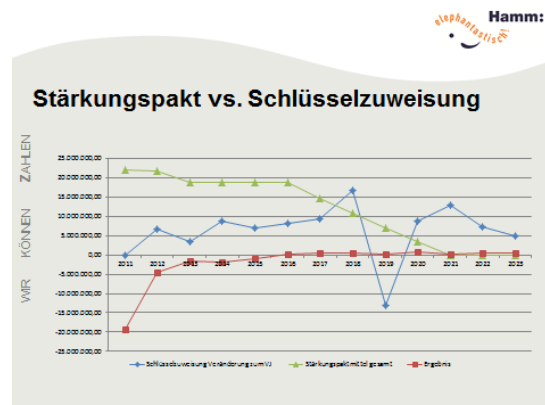


Die Gründe dafür sind vielschichtig: Nach unseren Schätzungen gehen wir davon aus, dass die **negativen Effekte aus der Energiewende mit 12 - 15 Mio. Euro** Ausfällen bei der Gewerbesteuer pro Jahr zu Buche schlagen. Darüber hinaus lässt sich feststellen, dass die Hammer Gewerbesteuerzahler, die früher ein gutes Osteuropageschäft hatten, heute deutlich weniger Gewerbesteuer zahlen als dies **vor der Krise in der Ukraine und den Sanktionen gegenüber Russland** der Fall war. Die Finanz- und Versicherungsbranche hat nach unserer Wahrnehmung in Hamm ungefähr wieder ihr Gewerbesteuer-Niveau von vor der **Wirtschafts- und Finanzkrise 2008** erreicht. Mehr aber auch nicht.

Allerdings spiegeln sich auch strukturelle Schwächen wider: Stieg das **Bruttoinlandsprodukt (BIP)** zwischen 2008 und 2016 bundesweit um 22,7%, so waren es in Hamm im gleichen Zeitraum lediglich 9,7%. In der Konsequenz müssen wir für Hamm sagen: Der wirtschaftliche Aufschwung erreicht uns später, ist schwächer ausgeprägt und verlässt uns in Abschwung-Phasen früher.

Die Schere des wirtschaftlichen Wohlstandes zwischen den Regionen in Deutschland geht damit – selbst bei insgesamt wachsender Wirtschaft – immer weiter auseinander. Ich hoffe, dass die neue Bund-Länder-Kommission für „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ schnell zu Ergebnissen kommt, die dieser Entwicklung aktiv entgegenwirken können.

Meine Damen und Herren,
ausgesprochen unerfreulich ist die Entwicklung bei den **Zuweisungen durch das Land NRW**.



Waren uns nach den bisherigen Vorgaben für die Jahre 2019 und 2020 Schlüsselzuweisungen i.H.v. **175,9 bzw. 180,2 Mio. € in Aussicht gestellt**, mussten diese Zahlen deutlich nach unten korrigiert werden.

Der Grund ist schnell gefunden: Bei der Umsetzung des sogenannten **SOFIA-Gutachtens** zur Reform des Gemeindefinanzierungsgesetzes hat die Landesregierung im Wesentlichen an vier Stellen deutliche systematische Veränderungen vorgenommen:

- Einwohnerschlüssel
- Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
- Schüler
- Soziallasten

Alleine aus der Reduzierung der Gewichtung der **Soziallasten** resultiert für die Stadt Hamm ein **dickes Minus von ca. 19 Mio. Euro**.

Insgesamt sind die großen Gewinner des neuen GFG die kreisangehörigen Gemeinden sowie die großen kreisfreien Städte mit mehr als 300.000 Einwohnern. Hamm ist landesweit der größte Verlierer durch das neue GFG¹⁰.

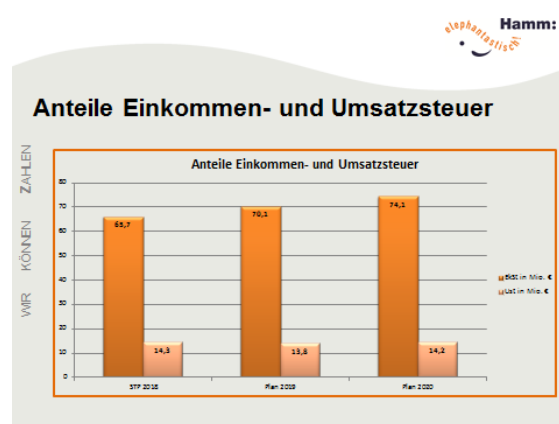
Dass die Landesregierung diese deutliche Haushaltsverschlechterung für Hamm und andere Städte hinnimmt, ist schon unerfreulich und kritikwürdig genug. Dass es aber mit Hamm (und Hagen) auch zwei Städte betrifft, die pflichtig am Stärkungspakt teilnehmen, ist völlig

¹⁰ Gelsenkirchen ist ebenfalls ein vermeintlich großer Verlierer. Dort gibt es allerdings einen Sondereffekt bei der Gewerbesteuer.

unverständlich, zumal wir in den kommenden beiden Jahren mehr Geld durch das neue GFG verlieren als wir an Hilfszahlungen aus dem Stärkungspakt bekommen.

Die Hilfen aus dem Stärkungspakt belaufen sich für die Jahre 2019 und 2020 auf 6,9 bzw. 3,4 Mio. Euro. Die Schlüsselzuweisungen fallen im Vergleich zur vom Rat beschlossenen Fortschreibung auf der Basis der Arbeitskreisrechnung um 17,3 Mio. bzw. 16,9 Mio. Euro geringer aus.

Meine Damen und Herren,
lassen Sie mich zu den etwas positiveren Entwicklungen kommen.

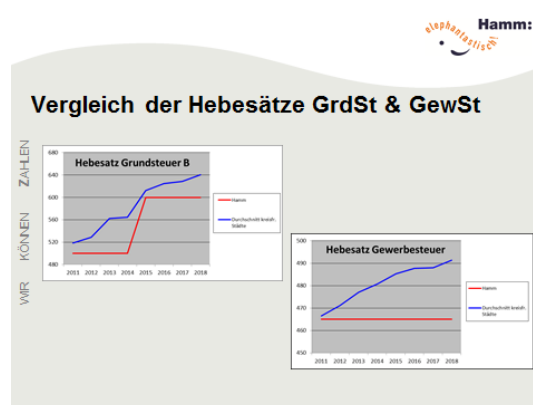


Bei den **Anteilen an der Einkommen- und Umsatzsteuer** haben wir in den vergangenen Jahren insgesamt eine steigende Entwicklung verzeichnen können, die ebenfalls auf die gesamtstaatlich außerordentlich gute wirtschaftliche Entwicklung zurückzuführen ist. So steigen die Einkommensteuer-Anteile für uns **von 65,7 Mio.** Euro in 2018 auf voraussichtlich 70,1 Mio. Euro in 2019 und auf 74,1 Mio. Euro in 2020.

Bei den Anteilen an der Umsatzsteuer sind nur geringe Veränderungen eingeplant: Dort erreichen wir in 2019 und 2020 13,8 Mio. Euro bzw. 14,2 Mio. Euro.

Allesamt Haushaltsentlastungen, die uns geholfen haben andere Belastungen halbwegs auszugleichen. Geld, das uns damit aber leider nicht für Investitionen oder zusätzliche Leistungen zu Verfügung steht.

Meine Damen und Herren,
unsere **kommunalen Steuern bleiben stabil**. Wieder einmal!

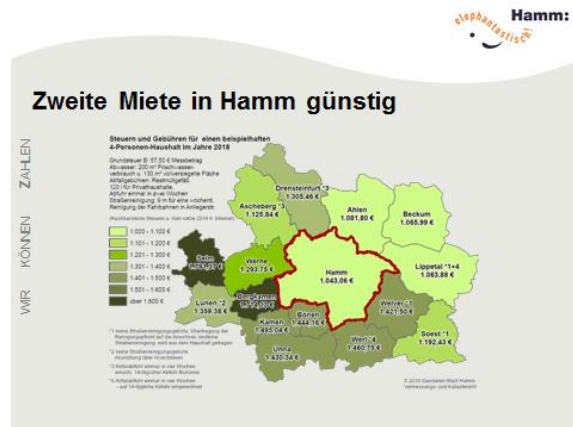


Die **letzte Erhöhung der Gewerbesteuer** datiert aus dem Jahr 2010 und die **letzte der Grundsteuer B** aus dem Jahr 2015.

Letztere wurde damals „freiwillig“ und „bewusst“ angehoben. Nicht zur Sanierung des Haushaltes, sondern zur Erhöhung unseres im Stärkungspakt eingeschränkten Investitionsniveaus. Wir haben damit unsere 50%-ige Deckelung des eigenen **Investitionsniveaus faktisch auf nahezu 100%** wieder aufgestockt und können damit zum Beispiel Stadtentwicklungspolitik im Hammer Westen betreiben, um dem Abstieg einzelner Stadtquartiere aktiv entgegenzuwirken.

Der durchschnittliche Hebesatz der Gewerbesteuer lag 2018 bei den kreisfreien Städten bei 491 Punkten, in Hamm bei nur 465 Punkten. Bei der Grundsteuer B lag der durchschnittliche Hebesatz der kreisfreien Städte im Jahr 2018 bei **640 Punkten**; in Hamm mit 600 Punkten ebenfalls darunter.

Im interkommunalen Vergleich bleibt Hamm auch weiterhin eine **steuergünstige und vor allem steuerverlässliche Stadt**.

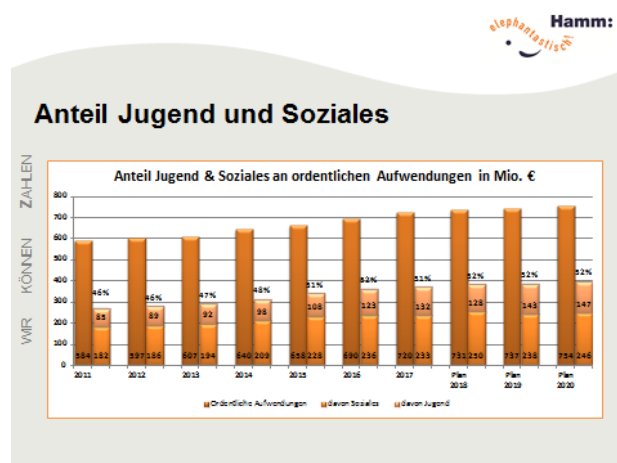


Hier zahlen die Menschen insgesamt wenige Steuern (und Gebühren) und haben ein hohes Maß an Planungssicherheit. Vor dem Hintergrund steigender Immobilienpreise ist unsere interkommunal niedrige zweite Miete ein Anker der Stabilität für Mieter, Eigentümer und Unternehmer in der Stadt Hamm.

Meine Damen und Herren,

neben den unterschiedlichen Entwicklungen auf der Ertragsseite lassen sich auch auf der Aufwandsseite des Haushaltes Besonderheiten ausmachen.

Im ohnehin schon **größten Kostenblock der Sozial- und Transferleistungen** gibt es auch diesmal wieder auffällige Entwicklungen.



Denn trotz der seit Jahren guten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und des ebenfalls messbaren Aufschwungs in Hamm steigt der Aufwand für die städtischen Leistungen im Jugend- und Sozialbereich unaufhaltsam weiter an. Waren es in 2011 mit 46% am Gesamtaufwand noch 267 Mio. Euro so wuchs der Anteil in diesem Jahr auf 52% des

Gesamthaushaltes und beträgt 378 Mio. Euro. Eine satte Steigerung von über 111 Mio. Euro oder fast 42% in nur sieben Jahren.

In den kommenden beiden Jahren steigen diese Werte noch weiter auf 381 bzw. 393 Mio. Euro und stellen damit nach wie vor eine enorme Herausforderung für den Haushalt dar.

Analog zur bundesweiten Entwicklung steigt auch in Hamm der Aufwand für die **Kindertagesbetreuung** deutlich an. Von 23,9 Mio. Euro im Jahr 2017 auf 33,3 Mio. Euro bzw. 35,8 Mio. Euro in den kommenden beiden Jahren.

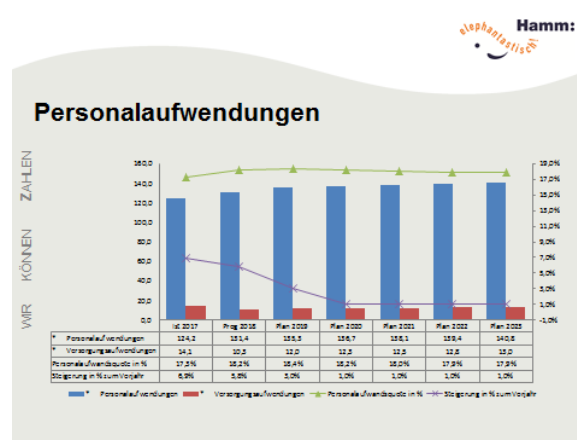
Eine Entlastung für die Kommunen durch den Bund und das Land ist und bleibt hier dringend von Nöten.

Hilfreich, aber daher auch viel zu gering, fällt dagegen die Senkung des Hebesatzes des **Landschaftsverbandes Westfalen** aus.



So senkt der LWL zwar seinen Umlagesatz von 16% auf 15,4%, was in unserem Haushalt insgesamt zu einer Entlastung **von 3,6 Mio. Euro** führt. Trotzdem schafft der LWL seinerseits im kommenden Jahr bei sich mehr als 170 neue Stellen und erhöht seine Rücklage – also sein finanzielles Polster – auf rund eine ¼ Milliarde Euro. Geld, dass wir Städte bezahlen, damit der LWL es sich zur Seite legen kann. Hier muss der LWL sich noch bewegen und den Umlagesatz deutlicher senken als bisher geplant. Zum Ausgleich unserer wegfallenden GFG-Mittel könnten wir eine zusätzliche Kompensation gut gebrauchen.

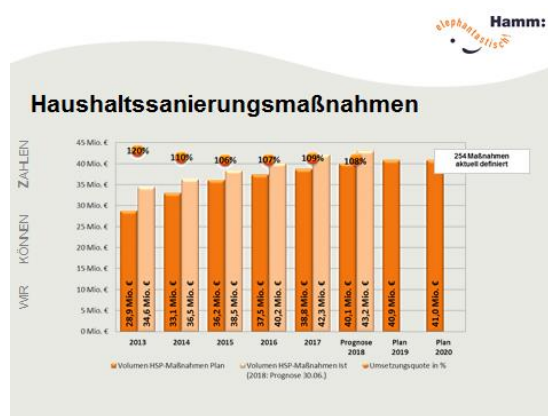
Sehr geehrte Damen und Herren,
neben dem Sozialbereich ist der **Personalbereich** naturgemäß sehr kostenintensiv.



Seit mehr als 20 Jahren ist der Personaletat geprägt durch die **restriktiven Vorgaben der Haushaltssicherung und des Stärkungspaktes**. In den vergangenen Jahren hat es auch im öffentlichen Dienst wieder deutliche Tarifsteigerungen gegeben, die selbstverständlich am Personalbudget nicht spurlos vorbeigegangen sind und dort zu Steigerungen der laufenden Personalkosten geführt haben und auch künftig noch führen werden. Ebenso erhöhen sich die Rückstellungen für die künftigen Pensionszahlungen an ehemalige Mitarbeiter.

Der **Anteil des Personalaufwandes** am Gesamtaufwand des Haushalts bewegt sich mit **18%** auf einem konstanten und niedrigen Niveau. Ein weiterer spürbarer Personalabbau kann nicht in unserem Interesse sein. Daher haben wir mit der Bezirksregierung besprochen, dass wir im kommenden Jahr die Steigerung im Personalbudget nicht nur mit 1%, sondern mit 3% planen dürfen, sofern wir den Haushaltsausgleich trotzdem erreichen. Damit ergeben sich zwar keine zusätzlichen personalwirtschaftlichen Spielräume, aber wir müssen wenigstens nicht wieder gegen die Tarifsteigerungen ansparen. Ein vielleicht kleines, aber wichtiges Signal.

Ein wesentlicher Bestandteil unserer städtischen Sanierungserfolge war und ist die konsequente **Umsetzung der beschlossenen Haushaltssanierungsmaßnahmen**.

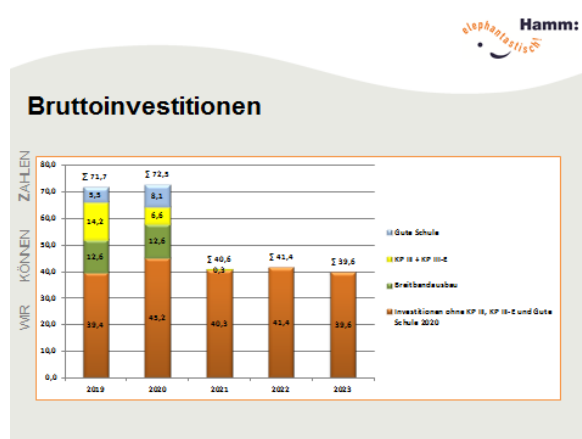


Insgesamt beläuft sich unser eigenes **Sanierungsvolumen auf rund 41 Mio. Euro in 2019 und 2020**. Genauso wichtig wie die Gesamtbeträge ist der Erreichungsgrad unserer Maßnahmen. Dieser liegt seit 2012 regelmäßig über 100%, so dass wir bisher mit Fug und Recht gegenüber der Kommunalaufsicht sagen können: „Wir halten, was wir versprechen.“

Gemeinsam mit den Landeshilfen aus dem Stärkungspakt ist diese Entwicklung unser Erfolgsfaktor. In 2016 – dem ersten Jahr, in dem wir wieder einen ausgeglichenen Haushalt hatten – erhielten wir noch 18,8 Mio. Euro vom Land; seit 2017 sinken diese Hilfszahlungen degressiv.

Rund 2/3 dieses Weges haben wir also geschafft. Bislang ist die Kombination aus **eigener Sanierung und Stärkungsmitteln in Hamm ein Erfolg für den Haushalt**.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
meine Damen und Herren,
in den kommenden beiden Jahren **investieren** wir so viel wie nie zuvor in der Geschichte der Stadt Hamm.



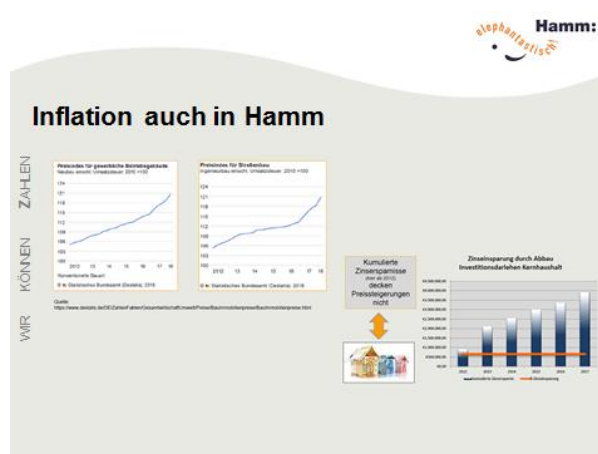
Mehr als **144 Mio. Euro** werden wir in 2019 und 2020 zur Verfügung stellen. Das sind nochmal 50 Mio. Euro mehr als im aktuellen Doppelhaushalt 2017 / 2018. Den **Investitionshaushalt** prägen dabei gleich mehrere Faktoren:

- Die **Fördermittel aus dem Konjunkturpaket III + E** i. H. v. 14,2 Mio. Euro bzw. 6,7 Mio. Euro.
- Die **Mittel aus dem Programm „Gute Schule“** i. H. v. 5,5 Mio. Euro bzw. 8,6 Mio. Euro.
- Die **Mittel für den Breitbandausbau** i.H.v. je 12,6 Mio. Euro.
- Die **eigenen kommunalen Investitionen**, die durch Fördermittel, Anliegerbeiträge usw. zu 39,4 Mio. Euro im Jahr 2019 und 44,7 Mio. Euro in 2020 werden.

Nicht zu vergessen, die Mittel für zusätzliche Investitionen, die aus dem Haushalt der **Stadtentwicklungsgesellschaft** zur Verfügung gestellt werden und mit denen wir unser eigenes Investitionsniveau von 50% auf praktisch 100% anheben.

Aus Zeitgründen erwähne ich hier nur nachrichtlich, dass selbstverständlich auch noch **umfangreiche Investitionen bei unseren städtischen Gesellschaften** erfolgen. Ich denke an die stetige Erneuerung des Wohnungsbestandes der HGB, an die Sanierung und Erweiterung der Versorgungsnetze unserer Stadtwerke oder auch die Investitionen in unser Kanalnetz, die der Lippeverband in unserem Auftrag leistet. Alles in allem noch einmal mittlere zweistellige Millionenbeträge, die zu den Investitionen des Haushaltes dazukommen.

Meine Damen und Herren,
 die eingangs bereits beschriebenen **inflationären Tendenzen** aufgrund der Niedrigzinsphase haben mittlerweile auch uns getroffen. Insbesondere im **Baubereich** lässt sich dieser Effekt deutlich spüren. Unser Investitionsbudget steigt und ist doch weniger wert.

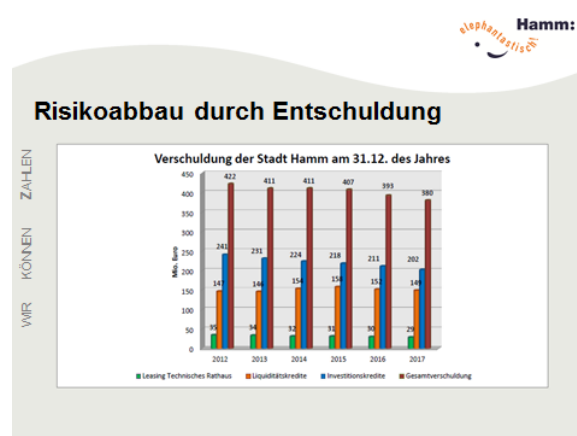


Seit 2010 sind die **Baukosten im Hoch- und Tiefbau um mehr als 20% gestiegen**. Das heißt: Haben wir 2010 Investitionen für 30 Mio. Euro durchgeführt, benötigen wir heute für die gleiche Menge Maßnahme mehr als 36 Mio., also 6 Mio. Euro mehr.

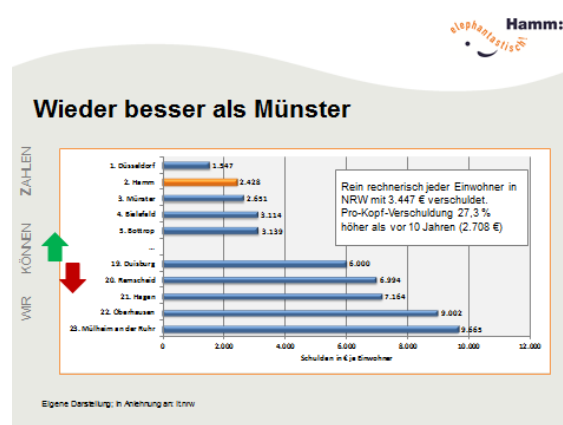
Im gleichen Zeitraum haben wir – im Rahmen der Optimierung unseres Schuldenportfolios – messbare Zinersparnisse von etwa 4 Mio. Euro erzielt, also deutlich weniger als das, was durch die Inflation an Kaufkraft weggefallen ist. Eine Tendenz, die sich noch fortsetzen wird.

Meine Damen und Herren,

außerordentlich erfolgreich sind unsere Bemühungen zum Abbau der städtischen Verschuldung.



Betrugen die Schulden der Stadt Hamm Ende 2011 noch 424,8 Mio. Euro, lagen sie Ende des vergangenen Jahres nur noch bei 380 Mio. Euro, also fast 45 Mio. Euro weniger. Im Laufe **dieses Jahres zeigt sich eine bisher ebenfalls rückläufige Tendenz** bei den städtischen Schulden.



Umso mehr freut es dann, wenn wir auch in der landesweiten Schuldenstatistik jedes Jahr ein wenig besser werden. **Mittlerweile haben wir nach Düsseldorf (1.547 €) mit 2.428 € die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung der kreisfreien Städte in NRW.** Lt. it.nrw hält hier Mülheim an der Ruhr mit 9.665 € den Spitzenplatz – mit fast dem 4-fachen Betrag unserer Pro-Kopf-Verschuldung.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
meine Damen und Herren,
erlauben Sie mir vier abschließende Gedanken:



- Die kommenden Jahre werden sehr stark geprägt sein von den europäischen und globalen Herausforderungen. Zum einen den Euro als unsere Gemeinschaftswährung betreffend, zum anderen die Zinsentwicklung, aber auch der Fortgang der Handels- und Wirtschaftskonflikte.
- Trotz aller unserer bisherigen Bemühungen stehen uns beim Umbau und der Erneuerung der öffentlichen Infrastruktur große Aufgaben bevor. Nach Aussage der Kreditanstalt für Wiederaufbau beträgt der Investitionsrückstand in den Kommunen 158,8 Milliarden Euro¹¹, wovon am meisten die Schulen und Straßen betroffen sind. Zwei Schwerpunkte, die der Hammer Haushalt richtigerweise angeht.
- Wir erleben eine Umwälzung in den klassischen Verhältnissen zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Ich nenne beispielsweise nur, dass das private Unternehmen Apple in diesem Jahr an der Börse erstmals teurer bewertet wurde als die Wirtschaftsleistung (BIP) der Türkei hoch ist.
- Im Auftrag der OECD wird aktuell überlegt, wie künftig die Insolvenz von Ländern und Städten geregelt werden kann. Dieses künftige Insolvenzrisiko führt dazu, dass wir uns als Stadt auf weiter steigende Bonitätsanforderungen einstellen müssen. Es wird

¹¹ Quelle: KfW-Research, KfW-Kommunalpanel 2018 – Kurzfassung, Juni 2018

also umso wichtiger, ausgeglichene und solide Haushalte vorzulegen, wenn wir dauerhaft zahlungsfähig bleiben wollen.

Für Hamm kann ich sagen – und selbstverständlich erwarten Sie nun genau diese Schlussfolgerung von mir – haben wir unsere Hausaufgaben gemacht. Und das bisher auch sehr erfolgreich:

- **Der Haushalt ist und bleibt ausgeglichen.**
- **Das Erwirtschaften künftiger Lasten, wie Abschreibungen und Pensions-Rückstellungen, gelingt.**
- **Keine Erhöhungen bei der Grund- und Gewerbesteuer.**
- **Alle Stärkungspakt- und Sanierungsziele werden wieder erreicht.**
- **Die Entschuldung wird fortgesetzt.**
- **Höchstes Investitionsniveau in der Geschichte der Stadt.**
- **Das Thema Digitalisierung ist neu und dauerhaft als strategisches Ziel im Haushalt für die gesamte Verwaltung definiert**
- **Die GFG-Ausfälle werden kompensiert, wenn auch nur mühsam.**

Selbstverständlich ist das vorliegende Planwerk mit der Kommunalaufsicht in Arnberg vorabgestimmt.

Diese Leistungen und Erfolge bei der Haushaltssanierung und -ausführung in Hamm sind ein Ergebnis der gemeinsamen Anstrengungen der gesamten Verwaltung in allen Dezernaten. Hierzu danke ich stellvertretend meinen Kolleginnen und Kollegen im Verwaltungsvorstand.

Ganz gewiss wären diese Ergebnisse ohne **mein Team** um Ludger Küstermeier in der städtischen Finanzverwaltung nicht möglich. Dass die Stadt Hamm heute so solide dasteht und ich in den vergangenen Jahren regelmäßig gute Haushaltszahlen verkünden konnte, war und ist zu einem großen Teil **Ihr Verdienst!** Dafür **herzlichen Dank!**

Meine Damen und Herren,

nach so vielen Zahlen, Analysen und Entwicklungen haben Sie nun einiges zu beraten. Alles, was wir – und auch ich persönlich – dazu beitragen können, tun wir gerne. Wenn Sie Fragen oder Beratungsbedarf haben, sprechen Sie uns gerne an.

Ich freue mich auf eine hoffentlich sachliche Beratung des Haushaltes in den kommenden Wochen. Eng orientiert an den Themen, die unsere Stadt nach vorne bringen sollen.

Herzlichen Dank!